

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Verabredung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz 5969. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 175 B

BERLIN • Donnerstag, den 28. Juli 1932

1. JAHRGANG

KPD-Verbot nach der Wahl?

Fort mit der Arbeitsdienstpflicht!

Die Gefahr, daß der Leute noch „freiwillige Arbeitsdienst“ zur Arbeitsdienstpflicht erweitert wird, bedroht uns unmittelbar. Schon lange wird von allen Rechts-Kreisen die Arbeitsdienstpflicht eifrig propagiert, von der „Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht“ an der Spitze, in der angeblich 60 nationale Organisationen vertreten sind. Die Nationalsozialisten geben hier den Ton an; ihr Oberst Hierl hat bekanntlich die Pläne für eine zweijährige allgemeine Arbeitsdienstpflicht fix und fertig und hält sie zur Verwendung der Regierung bereit. Die Regierung Papeu fördert bereits nach Kräften solche Pläne, wie ihre neuesten Verordnungen über den freiwilligen Arbeitsdienst ja bewiesen haben. Sie hat ein Gutachten über die „zweckmäßigste Form“ der Arbeitsdienstpflicht bei dem dafür neu ernannten Reichskommissar bereits in Auftrag gegeben.

Wie nah die Gefahr der Arbeitsdienstpflicht ist, geht auch daraus hervor, daß sehr einflussreiche Kreise der Schwerindustrie, die sich für die Arbeitsdienstpflicht eintraten, die nicht noch Bedenken dagegen hatten. Auf einer Tagung der Vereinigten Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Essen und Münster, die am 11. Juli in Recklinghausen stattfand, sprach der Leiter des Dinta, der Ober- und untere, über das Thema Arbeitsdienstpflicht und entwickelte einen Gedanken, der die letzten Überlegungen, daß der Arbeitsdienst nicht militärisch ausgerichtet sein dürfte, fügte aber dann gleich hinzu, daß die Gemeinschaft der jungen Menschen

nicht militärisch, sondern soldatisch

gestaltet werden müsse. Er verriet leider nicht, worin er den Unterschied zwischen militärisch und soldatisch sieht! Ueber die Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht sprach Arnhold in geradezu unverschämter Weise: „Die Finanzierung darf unter keinen Umständen durch Bereitstellung neuer, großer Summen in die Wege geleitet werden. Es kann nicht etwa daran gedacht werden, der Wirtschaft diese Summen zu entziehen. Im ersten Abschnitt der Durchführung müsse daher die

Finanzierung lediglich aus den Beträgen erfolgen, die auch jetzt schon für die Erwerbslosenunterstützung verfügbar sind. Inzwischen gesammelte Erfahrungen bezeugen, daß sich daran noch erhebliche Einsparungen machen lassen.“

Mit anderen Worten: diese arbeiterfeindliche Einrichtung soll ausschließlich von den Erwerbslosen finanziert werden; ihnen soll im Interesse der Militarisierung der Jugend der Hungerriemen noch fester geschnallt werden.

Von den genannten Ruhrkammern wurde dann eine Entschließung einstimmig angenommen, die sehr deutlich zeigt, wohin der Weg gehen soll:

„Die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland erscheint uns angesichts der verheerenden seelischen und materiellen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf unsere Jugend ein Ziel zu sein, dessen Verwirklichung mit allen Kräften zu erstreben ist. Die Schwierigkeiten der Finanzierung brauchen trotz unserer verzweifelten finanziellen Lage nicht unüberwindlich zu sein, wenn in Zielsetzung und Durchführung wirtschaftlich verfahren wird. . . . Eine Voraussetzung zum Gelingen des Ganzen scheint uns zu sein, daß das Ganze schrittweise aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst entwickelt wird. Nur so kann man den ideellen Gehalt der Arbeitsdienstpflicht verwirklichen.“

Von Zielen geistigen, politischen und wirtschaftspolitischen Richtungen her wird zur Zeit an der Verwirklichung der Idee der Arbeitsdienstpflicht gearbeitet. Es besteht die Gefahr, daß als sich gegenseitig . . . den Rang abzulaufen suchen. Wir richten deshalb an all diese Stellen den dringenden Appell, sich bald zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden, damit aus der Fülle der zum Teil sehr guten Ideen sich bald ein Plan herauschält, dessen Verwirklichung Deutschland vorwärtsbringt.“

Diese Industriellen sind sich also über die Taktik des Vorgehens mit der Regierung völlig einig: „Schrittweise soll aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst die Arbeitsdienstpflicht entwickelt werden.“

Alle von nationalen Organisationen eingerichteten Freiwilligen Arbeitsdienst-Lager bereiten bereits praktisch den militärischen Geist vor, der dann in der Arbeitsdienstpflicht überall herrschen soll. Der nationalsozialistische Bürgermeister von Koburg hat z. B. am 4. Juli in einer Rede in Berlin über einen von der Stadt Koburg eingerichteten Freiwilligen Arbeitsdienst berichtet:

„Es geht mit militärischer Zucht und Ordnung zu . . . Parade findet alle 4 Wochen statt . . . Zu dem gemeinsamen Kirchgang, der alle 14 Tage stattfindet, wird ebenfalls geschlossen marschiert . . .“

Ohne Einheitsfront ist die Arbeiterbewegung erledigt.

W—er. Der bekannte französische Journalist Jules Sauerwein bringt eine Information aus „autorisierten Kreisen“, die im wesentlichen die folgenden Gedankengänge enthält:

„Die Regierung von Papeu will Deutschland aus dem revolutionären Zustand, in dem es sich zur Zeit befindet, herausführen. Die Wahlen, die am 31. Juli stattfinden, werden aller Voraussicht nach keine Majorität der Rechten ergeben, die sich einem starken Linksblock gegenübersehen wird. Die Kommunisten werden wie im Preußenparlament das Zünglein an der Waage sein.“

Daher will von Papeu und sein Kabinett nach den Wahlen die Kommunistische Partei auflösen, um so der Rechten eine Mehrheit im Reichstag wie im preußischen Landtag zu verschaffen; aus beiden sollen dann die kommunistischen Abgeordneten ausgewiesen werden.

Wenn man nicht schon jetzt vor den Wahlen zur Auflösung der Kommunistischen Partei geschritten ist, so nur deshalb, weil man davon einen Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten fürchtete. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei will sich Herr von Papeu dem Zentrum nähern und es durch Konzessionen zur Mitarbeit zu gewinnen suchen. Das Kabinett, das im hohen Grade unter dem Einfluß der Großindustriellen steht, wird der deutschen Arbeiterschaft schwere Opfer auferlegen.“

Die Unterstützung der Nazis will die Regierung Papeu nach Sauerwein wie bisher durch einige Konzessionen erkaufen; Hitler soll bereits entsprechende Zusagen gemacht haben.

Diese Betrachtungen Sauerweins scheinen uns die Absichten der Regierung Papeu in der Tat wiederzugeben, auch für den Fall, daß diese sie ihm nicht so deutlich dargelegt hat, wie er es hier schreibt. Der ganze Kurs der Reaktion läuft selbstverständlich darauf hinaus, die Arbeiterschaft von verschiedenen Stellen aus anzugreifen und ihre Front in Verwirrung zu bringen. Dazu bedient man sich der verschiedensten Mittel:

Zu den bisherigen Aktionen, deren äußerster Gipfelpunkt wohl der Hinauswurf der preußischen Minister aus Amt und Würden darstellte, und die Entlassung von über zwanzig republikanischen Beamten, gesellen sich nun Strafanzeigen verschiedener Art: gegen Severing durch Herrn Röhm, weil die preußische Regierung amtlicherseits die Hetze gegen diesen Herrn betrieben haben soll, ferner eine Anzeige des Gaues Hessen der NSDAP (Best und Pg.) gegen das gesamte hessische Staatsministerium, das unter sozialdemokratischer Führung steht, „wegen Begünstigung der hoch- und landes-

verräterischen Absichten der KPD“. Die Begünstigung soll darin bestehen, daß die hessische Regierung Material gegen die KP, das ihr bekannt sei, nicht der Öffentlichkeit übergeben habe, sondern statt dessen durch Veröffentlichung der bekannten Boxheimer Dokumente die Nationalsozialisten in der öffentlichen Meinung herabgesetzt habe. Die Regierung in Hessen teilt dazu mit, daß das Material, wovon die Boxheimer Leute reden, sich überhaupt nicht auf Hessen bezöge.

Diesen Aktionen schließen sich würdig an die Hetze gegen das „Reichsbanner“, die sich zum großen Teil auf das von Herrn Korodi von der „Berliner Börsenzeitung“ gelieferte „Material“ stützen.

Alle diese Schläge gegen die deutsche Arbeiterschaft werden nicht die letzten sein. Sie werden im Gegenteil verstärkt niederprasseln; denn mit der wachsenden Krise wächst auch die Unzufriedenheit und also die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft zu „zügeln“. Solange die Arbeiterschaft nicht einig ist, solange wird sie von der Reaktion am Boden gehalten. Mag der Wahlkampf ausgehen wie er will — durch nichts kann die Arbeiterschaft davor bewahrt werden, völlig niedergeschlagen zu werden, als allein durch eine gemeinsame Aktion auf allen Gebieten, über die zwischen den Arbeitern nur eine Meinung herrscht.

Die Schaffung der Einheitsfront ist nicht bloß eine taktisch-sekundäre Angelegenheit — sie ist eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft.

Wie wichtig unser Vorschlag der gemeinsamen Listen von KP und SP gewesen ist, wird durch die Pläne der Papeu-Regierung deutlich. Wenn man unseren Rat befolgt hätte, wäre auch durch das Verbot der KPD noch keine Möglichkeit gegeben, die von kommunistischen Wählern entsandten Abgeordneten aus dem Reichstag zu verdrängen, eben weil die Trennung der Abgeordneten nach Kommunisten und Sozialdemokraten durch die Regierung gar nicht möglich gewesen wäre. Selbstverständlich hätte bei Abstimmungen innerhalb der Arbeiterfraktion kein Fraktionszwang eingeführt werden dürfen, so daß die kommunistischen Abgeordneten trotzdem Bewegungsfreiheit gehabt hätten.

Es mag sein, daß manche Sozialdemokraten sich über das Verbot der KPD freuen, weil sie meinen, ihr eigener brüchiger Laden bekäme dadurch ein paar Kunden wieder. Diese Rechnung ist selbstverständlich irrsinnig; denn wenn erst einmal die Praxis der Partei- und Organisationsverbote, eingerissen ist, ist es bis zum Verbot sozialdemokratischer Organisationen nur noch ein Schritt.

„Wir kriegen ja doch kein Recht.“

Urteil über die Braunschweiger Polizei.

W. R. Am 26. Juli wollte der frühere Reichspräsident Löbe in Braunschweig sprechen. Die Veranstaltung wurde verboten, weil „nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist“, wie das Braunschweiger Polizei-Präsidium mitteilte. Darauf sprach Löbe in einer Mitgliederversammlung der Eisernen Front.

Nach Schluß dieser Versammlung wurden zwei Teilnehmer von zwei Nationalsozialisten angeschossen und schwer verletzt. Die Schüsse fielen in der Nähe einer Nazi-Geschäftsstelle. Bezeichnend für die Taktik der Nazis ist, daß das Ueberfallkommando sofort von einem SA-Mann alarmiert wurde.

Augenzeugen machten die Polizei aber sofort auf die Schlupfwinkel der Nazis aufmerksam. Sie fand natürlich nichts — wie immer in solchen Fällen, sondern vertrieb die aufgeregte Menge von der Straße.

Eigenartig war auch das Verhalten eines Polizei-Wachmeisters, der erst auf das energische Drängen mehrerer Versammlungsteilnehmer sich zur Vernehmung von Augenzeugen bequeme.

Wie wenig Vertrauen die Braunschweiger Polizei noch besitzt, spiegelte sich in den Äußerungen vieler Arbeiter wider: „Geht doch nach Hause; wir kriegen ja doch kein Recht.“

Wir werden weiter so fortfahren, in der Gewissheit, daß vieles von dem, was wir bereits praktisch durchgeführt haben, in gesetzlicher Form bald allgemein eingeführt wird . . . als allgemein verbindliche Arbeitsdienstpflicht.“

Schon heute ist vielfach der freiwillige Arbeitsdienst gar nicht freiwillig, sondern die Behörden üben oft einen Druck aus. Ein Beispiel aus einem kleinen Ort bei Kassel: Eine

alleinstehende Frau mit drei erwachsenen arbeitslosen Jungen wurde aufgefordert, ihren zwanzigjährigen Sohn zum freiwilligen Arbeitsdienst zu schicken. Andernfalls wurde ihr ein Abzug von ihrer monatlichen Wohlfahrtsunterstützung von 20 Mark in Aussicht gestellt. Dem Sohn selber stellte der Bürgermeister es als Pflicht hin, den freiwilligen Arbeitsdienst mitzumachen, damit die Gemeindegelder geschont würden,

Die Rettung Deutschlands durch Reklame?

Rpt. Anwendung der modernsten Methoden der Reklametechnik — das ist in diesem Wahlkampf die Parole der SPD. Warum?

Die Nationalsozialisten haben von Wahl zu Wahl auf der demokratischen Narrenbühne an Stimmen gewonnen. — Mücke hat von der NSDAP gesagt: „Das Beste an der Partei ist die Reklame.“ — Sozialdemokraten ziehen den Schluß daraus: „Wenn wir Hitler schlagen wollen, müssen wir ihn deshalb auf dem Gebiet der Propaganda übertreffen.“

Mit dem Versuch, die Nationalsozialisten auf diesem Gebiet zu übertreffen, hat die SPD seit einigen Wochen begonnen.

Der Sozialdemokrat Carl Mierendorff berichtet im Juli-Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ unter der Überschrift: „Die Rettung Deutschlands“ über die reklametechnische Generalprobe der SPD bei den Hessen-Wahlen am 19. Juni: Die Offensive der hessischen Sozialdemokratie im Zeichen der drei Freiheitspfeile, des Freiheitsrufes, des Freiheitsrufs und des neuen Freiheitsbanners mit den drei weißen Freiheitspfeilen habe zu einer beispiellosen Aktivierung der Massen zu Gunsten der SPD geführt. Zahllose Gleichgültige seien in die Reihen der SPD zurückgekehrt. „Ein geradezu klassisches Beispiel dafür liefert das Wahlergebnis der Stadt Darmstadt, wo die Sozialdemokratie infolge dieser Propaganda nicht nur die einzige Gewinnerin mit etwa 12 Prozent Stimmen war, sondern wo auch die eklatanten Verluste der bürgerlichen Parteien (zirka 1800 Stimmen) nicht mehr den Nationalsozialisten zu gute kamen, sondern ins Nichts zurückfielen, vermehrt durch weitere 600 Stimmen, die die Nationalsozialisten unmittelbar einbüßten. Hätte die Zeit gereicht, um im ganzen Land die neue Methode ebenso restlos zur Anwendung zu bringen, wie es leider nur in Darmstadt geschehen konnte, so wäre auch in anderen Bezirken die gleiche durchschlagende Wirkung erzielt worden. — Gelingt es, diese neuen Methoden bei der Reichstagswahl im ganzen Reich anzuwenden, so wäre die Hoffnung gegeben, in gleicher Weise wie in Hessen die Sozialdemokratie zu einem guten Erfolg zu bringen...“

Das Geheimnis des Erfolges.

In einem Aufsatz in der Baseler „Arbeiter-Zeitung“ weicht Mierendorff die Leser in die Geheimnisse der neuen Kunst ein:

Es komme darauf an, die politisch Inaktiven zu erfassen, an die man mit Versammlungen, Zeitungen und Flugblättern kaum herankomme. Auf ihr Gefühl müsse man einwirken durch

Symbol, Ruf und Gruß.

Das Hakenkreuzsymbol wirkt nach Mierendorff wie ein primitives Plakat, das überall an allen Straßenecken, Bretterzäunen, auf den Eisenbahnen und selbst in den Bedürfnisanstalten eine ständige Propaganda für den Faschismus bildet. — Der Ruf „Heil Hitler!“ und „Deutschland

erwache!“ bildet sozusagen den Text zu dem Plakat. — Der Gruß ist die „plastische Unterstreichung des Rufes durch eine rasche, scharfe Handbewegung, ein optisches Signal, auf größte Entfernung noch wirksam“.

Alle drei Propagandamittel der NS seien auf dem Prinzip der Einschüchterung aufgebaut. Die politisch Gleichgültigen fühlten sich von ihnen ständig verfolgt, eingekreist, bedroht.

„Unsere Unterlegenheit bestand bisher darin, daß wir in dieser Beziehung den Nationalsozialisten nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen wußten.“

Mit der Einführung der neuen Propaganda ist die entscheidende Wendung erfolgt. Mit Freiheits-Ruf, Freiheits-Gruß und dem Freiheits-Zeichen der Eisernen Front sind wir zum Angriff übergegangen. Es komme nun darauf an, daß Ruf, Gruß und Zeichen überall sichtbar und hörbar würden; die Massenorganisation der SPD müsse dazu eingesetzt werden, „den Massen der politisch Inaktiven stets und ständig das Bild des verfolgten, durchbohrten, zerstörten und besiegten Hakenkreuzes vor Augen zu führen.“

Dieser zum Angriff übergehende Sozialdemokrat behauptet, mit der neuen Wendung werde nur aufgenommen:

Die alte Tradition.

Die Nationalsozialisten hätten die Kunst der Propaganda von den italienischen Faschisten gelernt, diese von den Bolschewisten und diese von der SPD. Die Sozialdemokratie habe die rote Fahne als Parteisymbol geschaffen, die rote Nelke als einheitliches Abzeichen und auch die Uniformierung ihrer Anhänger durch einheitliche Bekleidung: den Schlapphut, die rote Krawatte und den Bebel-Bart. Auch die Einführung der Anrede „Genosse“ liege auf derselben Linie, sie gründe sich auf dieselben psychologischen Ueberlegungen.

An die Stelle jener zum Teil unbewußten Ueberlegungen ist nach Mierendorff nunmehr getreten:

Ein neues Bündnis zwischen Wissenschaft und Proletariat.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ schämen sich nicht, folgende Sätze von Mierendorff abzdrukken:

„Wissenschaft und Arbeiterklasse haben in dieser Erneuerung der Propagandamethoden ein neues Bündnis geschlossen, von dessen tiefgreifender Bedeutung Ferdinand Lassalle schon in seiner berühmten Rede ‚Die Wissenschaft und die Arbeit‘ so richtig gesagt hat: ‚Die Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren eheinen Armen erdrücken werden, das ist das Ziel, dem ich, solange ich atme, mein Leben zu weihen beschlossene habe.‘“

Nach Anrufung von Karl Marx, der die Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der politischen Oekonomie mit der Wissenschaft vermählt habe, fährt jenes lebendige Kultur-

hindernis Carl Mierendorff fort: Heute vollziehe sich ein ähnlicher Prozeß (gemeint ist, daß ein Reklametechniker sich jene drei Pfeile ausgedacht hat!). Es könne sein, „daß die Verbindung dieser beiden Elemente (der Arbeiterschaft und jener Reklametechniker!) die Rettung Deutschlands jetzt herbeiführen hilft: in einem Augenblick, der im höchsten Maß gefährdend geworden ist“.

Die SPD hat recht: Auf der demokratischen Narrenbühne, die sie für den Weg zum Sozialismus hält, ist die Reklametechnik ein unentbehrliches und angemessenes Kampfmittel! Soweit das Proletariat auf dem Boden der Demokratie in Wahlen um Stimmen kämpft, soll und wird es reklametechnische Mittel benutzen. Der entscheidende Kampf wird aber aus dem einfachen Grunde nicht mit Mitteln der Reklametechnik gekämpft, weil er gar nicht auf jenem Kampfboden der Demokratie ausgefochten wird, den Nelson treffend als Narrenbühne gekennzeichnet hat.

Werden diese neuesten Jünger der Reklametechnik denn noch nicht irre an der Demokratie als einem Weg zum Sozialismus? Sie scheinen so weit entfernt davon wie je. Denn sie selber empfinden es offenbar nicht, als blutigen Hohn, daß einer ihrer Reichstagsabgeordneten die Anwendung der Reklametechnik als neue Vermählung von Proletariat und Wissenschaft, als einen Weg zur Rettung Deutschlands, feiert.

Gerade dieser beschämende Vorgang zeigt: Das Proletariat braucht die Vermählung mit der Wissenschaft, mit wirklicher Wissenschaft, die ihm das Ziel des Sozialismus so klar zeigt, daß es nicht durch die mächtigsten Reklamefeldzüge von Interessenten irgend welcher Art verdunkelt werden kann, die ihm den Weg dazu zeigt, und die es vor Irrwegen, wie dem der Demokratie warnt.

Das alles leisten die Bücher unseres Genossen Nelson. Ihr Inhalt ist freilich schwerer aufzufassen als das Symbol der drei weißen Pfeile. Wer aber auch nur etwas von ihrem Inhalt in sich aufgenommen hat — er braucht dazu keineswegs dicke Bücher zu lesen —, der geht dann aber auch sicherer seines Weges als jene Träger von drei Freiheitspfeilen, von denen wir auf Grund von Erfahrung zum Teil keineswegs sicher sind, daß sie sich nicht binnen kurzem in Träger von Hakenkreuzen verwandeln.

Zwang zum freiwilligen Arbeitsdienst.

L. G. Aus einem von der Liga für Menschenrechte veranstalteten Vortrag über die „Gefahren der Arbeitsdienstpflicht“ von Dr. Otto Reinemann haben wir seine Ausführungen über die schon bestehende Form des Arbeitsdienstes hervor.

Einen freiwilligen Arbeitsdienst gibt es in Deutschland seit der Notverordnung vom 5. Juni 1931. Er hatte noch nicht die Ausmaße, die er heute nehmen soll. Aber schon die Form, die er hatte, muß uns zu denken geben. Man versprach und verspricht auch heute den Arbeitsdienstfreiwilligen wirtschaftliche Besserstellung. Wie sah in der bisherigen Form des Arbeitsdienstes diese wirtschaftliche Besserstellung aus? Pro Arbeitstag hatte der Freiwillige einen Anspruch auf 2 Mark. Diese wurden ihm aber in den seltensten Fällen ausbezahlt, sondern der Träger des Arbeitsdienstes bekam sie, der dafür Unterkunft und Verpflegung des Arbeitenden zu beschaffen hatte. Ein Taschengeld von 50 Pfennig in der Woche konnte ausgezahlt werden, das war aber nicht Vorschrift.

Für den Minderjährigen lag ein gewisser Anreiz zum Arbeitsdienst darin, daß er sonst, wenn er Angehörige hat, von der Arbeitslosenfürsorge ausgeschlossen ist und beim Arbeitsdienst einen Anspruch auf Unterstützung hat — wenn auch nicht in bar. Der Pferdefuß ist wenig bekannt: Kommt der Minderjährige später in die Arbeitslosenfürsorge hinein, so wird ihm die veranlagte Unterstützung vom Staat wieder abgerechnet von der ihm dann zustehenden Summe.

Will ein Arbeitsdienstfreiwilliger später siedeln, so wird ihm auf seinen Antrag, der aber spätestens einen Monat nach Beginn des Arbeitsdienstes eingereicht werden muß, pro Tag 1,50 Mark gutgeschrieben im Reichsschuldbuch. Da die meisten Arbeitsfreiwilligen diese Bestimmung nicht genau kennen, spart der Staat diese Summe meist. Nach 10 Jahren wird übrigens die Förderung im Reichsschuldbuch gelöscht, wenn nicht vorher durch Abtretung von ihr Gebrauch gemacht worden ist.

Der Vortragende machte deutlich, daß die wirtschaftlichen Vorteile vor allem auf Seiten des Trägers der Arbeitsdienstpflicht liegen, der zu billigen Arbeitskräften kommt.

Wie wird und ist die Freiwilligkeit des Dienstes gewährleistet? Träger des Arbeitsdienstes können auch politische und private Vereine sein. Also Turnvereine, Kirchen und Charitasverbände, technische Nothilfe, Wehrverbände, Parteien, soweit sie den Arbeitsdienst nicht zu staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen. In mittleren und kleineren Städten, wo meist ein Zwang ausgeübt wird zur Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, melden diese Gemeinschaften ihre Jugendlichen einfach zur Arbeitsdienstpflicht an. Um nicht der allgemeinen Verachtung anheimzufallen, macht der Jugendliche mit, auch wenn er gar nicht möchte. Wo bleibt da die Freiwilligkeit?

Die Zusätzlichkeit der zu leistenden Arbeit steht oft auch nur auf dem Papier. Wo heute in den Forsten und Gemeinden kaum etwas getan wird, ist jede Arbeit „zusätzlich“. In den bayerischen Gemeinden sind zum Beispiel Forstarbeiter arbeitslos, weil die Gemeinden und Forstverwaltungen Arbeiter aus dem Arbeitsdienst nehmen.

Schwarze Fahne.

In Gersdorf (Pommern) sollte vor kurzem ein Ausfahrwagen zwangsversteigert werden. Als der Vollziehungsbeamte aus Bütow erschien, hatten sich alle Bauern aus Gersdorf und Umgegend versammelt, eine schwarze Fahne in Gestalt einer schwarzen Schürze war gehißt worden, und nicht ein einziges Gebot wurde abgegeben. Der Vollziehungsbeamte trat unverrichteter Sache den Heimweg an.

„Renate“ aus Hamburg ist bei der Insel Gotland gesunken, ohne daß dabei Menschen ums Leben kamen. Der Dampfer hatte ein großes Leck erhalten; er ist wahrscheinlich auf ein Wrack, das unter Wasser lag, aufgefahren.

DINTA: Schulungsanstalt für Ausbeutungsobjekte.

W. R. Vom Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung (DINTA), Düsseldorf, gibt es in Deutschland und Oesterreich zusammen 120 Lehrlingswerkstätten. Sie sind zum Teil in Betrieben, zum Teil genossenschaftlich aufgebaut. Die Lehrlingswerkstätte in Mainz, die wir besichtigten, ist genossenschaftlich aufgebaut. Fünf größere Firmen haben sich zusammengeschlossen, um die Werkstätte zu erhalten. Die Lehrlinge werden von den Firmen eingestellt und zur Ausbildung in die Werkstätte geschickt. In diesem Jahre sind nur 12 Lehrlinge eingestellt worden, da die Betriebe zum Teil nicht arbeiten. Sonst waren es immer 30 bis 35. Die Ingenieure, Meister und Gesellen, die die Lehrlinge ausbilden, sind selber durch das Dinta geschult worden. Im Aufsichtsrat der Werkstätte dürfen nur Mitglieder der Genossenschaft vertreten sein. Jeder Lehrling wird bei seinem Eintritt einer Prüfung unterzogen, ob er sich für den von ihm gewählten Beruf eignet. Jeder bekommt eine bestimmte Aufgabe gestellt. Die Ausführung derselben wird genau auf Zeitverbrauch und Genauigkeit geprüft. Für jeden Lehrling werden auf einer Tabelle genau Kurven über Leistung und Betragen festgehalten. Diese Tafeln werden für jeden sichtbar in der Werkstätte aufgehängt und dienen so zur Selbstkontrolle und zum Ansporn. Die Ausbildung soll nicht einseitig sein. Deshalb hat jeder Lehrling eine bestimmte Zeit in allen Abteilungen der Werkstätte zu arbeiten. Dadurch soll er mit allen in sein Fach schlagenden Arbeiten, auch wenn sie nicht direkt zu seinem Spezialfach gehören, vertraut gemacht werden. Mit dieser allgemeinen Grundlage soll erreicht werden, einen „wendigen“ Facharbeiter heranzubilden. Dann folgt die Ausbildung im Spezialfach. Zwei Jahre im ganzen bleibt der Lehrling in der Werkstätte. Dann wird er in dem Betriebe, von dem er eingestellt wurde, beschäftigt. Die Leiter der Werkstätte behalten auch im Betrieb die Aufsicht über ihn und haben Einspruchsrecht gegen unangebrachte Art der Beschäftigung. Die Berufsschule, die die Lehrlinge zu besuchen haben, befindet sich in der Werkstätte. So wird ein enges Zusammenarbeiten der praktischen Lehrherren mit den Lehrern ermöglicht. Die Jungen gehen nicht in die städtische Berufsschule, sondern die Lehrer der städtischen Berufsschule kommen in den Schulraum der Werkstätte. Sämtliche Arbeiten, die in der Werkstätte geleistet werden, kommen nur für die Genossenschaft in Frage, um eine Konkurrenz für das Handwerk zu verhindern. Die Bezahlung der Lehrlinge erfolgt für alle gleichmäßig nach Tarif. Wenn sie ihre Gesellenprüfung gemacht haben, werden sie nach dem Tarif ihrer Fachgruppe bezahlt. Die Lehrzeit dauert vier Jahre. Die letzten Monate vor Beendigung der Lehrzeit werden die Lehrlinge aus den Betrieben zurück in die Werkstätte geholt. In der einheitlicheren Umgebung können sie gründlicher für die Prüfung arbeiten.

Während des Aufenthaltes in der Werkstätte bei Arbeit und Pause darf weder von Politik noch von Religion gesprochen

werden. Wer dagegen verstößt, wird ausgeschlossen. Es soll ruhige neutrale Zusammenarbeit herrschen. Der Leiter der Werkstätte erzählte, es wären alle politischen Richtungen unter den Lehrlingen vertreten. Doch gäbe es dem Verbot zu Folge keine politischen Diskussionen oder Reibereien. Er meinte, die Jungen fühlen sich sehr wohl dabei.

Bis in die Freizeit hinein schickt das „Dinta“ seinen Einfluß. Es werden Elternabende veranstaltet, um mit den Eltern Fühlung zu bekommen und eine erzieherische Zusammenarbeit anzubahnen. Schon vor Einstellung der Lehrlinge werden die häuslichen Verhältnisse erforscht, um den Maßstab für die Leistungsfähigkeit ungefähr abschätzen zu können. Um den Jungen vernünftige Betätigung in der Freizeit möglich zu machen, werden Ausflüge und Abendunterhaltungen veranstaltet. Je nach den Interessen der Lehrlinge bestehen Musik- oder Gesangsgruppen, oder auch Schachspielgruppen. Für alle gemeinsam findet täglich Gymnastik von 20 Minuten Dauer statt. Durch all diese Anrörungen soll ihr Interesse an der Arbeit und dem Betrieb wachgehalten werden. Die Ausbildung der Lehrlinge soll angeblich dreierlei erreichen:

1. Es sollen tüchtige Facharbeiter ausgebildet werden.
2. Es sollen „wendige“, d. h. mit allen Zweigen ihres Berufes vertraute Facharbeiter geschult werden, damit sie sich bei jeder Gelegenheit ohne große Schwierigkeiten umstellen können.
3. Es sollen „anständige“ Menschen aus ihnen werden, und zwar solche, die ehrlich sind und sich nicht scheuen, auch einmal Verantwortungen zu übernehmen.

Von diesen geschickt formulierten Bedingungen wird so mancher geblendet. Es ging sogar dem Vorsitzenden des ZdA bei der Besichtigung der Werkstätten so. Er glaubte nämlich zurücknehmen zu müssen, was vom Gewerkschaftsstandpunkt aus gegen derartige Methoden spricht. Gewiß, eine gute, zielbewußte und einheitliche Fachausbildung ist an sich für jeden Lehrling von großem Nutzen. Aber der Preis dieser Ausbildung ist die sichere Entfremdung dieser Jungen vom Kampf ihrer Klasse. Die Lehrlinge werden durch allerlei geschickt gewählte Mittel dahin erzogen, Freude und Interesse an der Arbeit zu haben. Mit ihrer „guten“ Ausbildung fällt es ihnen sicher in manchen Fällen leichter, über Umstellungen hinwegzukommen und verantwortliche Plätze im Interesse der Arbeitgeber zu verwalteten. Sie sind dem Unternehmer besonders angenehme Arbeiter, da sie die Ausbeutung nicht so schnell spüren. Denn bei der ganzen Sache kommt es darauf an, das Gefühl für die Ausbeutung nicht aufkommen zu lassen. Mit Hilfe von Gemeinschaftsarbeit und Geselligkeit wird eine Verbindung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehalten.

Für Sozialisten bedeutet das Dinta also eine äußerst gefährliche Einrichtung, Arbeiter vom Klassenkampf fernzuhalten. Das dürfen wir nicht übersehen.

Die Botschaft hör'ich wohl . . .

Schleicher im Rundfunk.

Reichswehrminister von Schleicher hielt am Dienstag eine Rundfunkrede, die trotz der vielen sich freundlich anhörenden Worte die Sorgen über die Reichswehr nicht zerstreuen kann. Zunächst bekam Frankreich einen scharfen Hieb, weil es sich trotz der Sicherheit, in der es sich befände, noch immer weigere, auch für Deutschland die Gleichberechtigung in diesem Punkt anzuerkennen. Dann kam das hohe Lied des Soldaten, das wir aus den Kriegerartikeln kennen, und wonach Kameradschaft, Manneszucht, Ueberwindung des „inneren Schweinehundes“, körperliche Erthöhtigung und ähnliche wertvolle Eigenschaften nur auf dem Umwege über die allgemeine Wehrpflicht erworben werden können. Selbstverständlich ist das „Schlagwort, Junker und Generäle hätten die Regierung Brüning gestürzt, . . . eine glatte Lüge“.

Von Militärdiktatur will Herr von Schleicher nichts wissen: „In Deutschland vielleicht mehr noch als in manchen anderen Ländern muß die Regierung von einer breiten Volksströmung getragen werden. Ich glaube sagen zu dürfen, daß ich in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen klarer gesehen habe und weniger militaristisch gewesen bin als mancher Politiker, der sich oft und gern zur Demokratie bekennt, aber sofort zur Diktatur der Bajonette bereit ist, wenn seine Machtposition oder die seiner Partei es notwendig macht. Deshalb bin ich kein Freund der Militärdiktatur. Aber ich wünsche Deutschland gerade in der jetzigen schweren Zeit eine Regierung, die die größten Soldatentugenden besitzt, Mut, Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit.“

So sieht nun also der Mann aus, der als der Fähigste des Papen-Kabinetts gilt. Wir müssen sagen, daß er uns nicht imponiert. Es ist die alte Leier und auch der alte Sang. Aber die neue Zeit kann man nicht mit alten Formeln beschwören. Wir können nur wieder, wie schon oft, feststellen: Das heutige Chaos erhält sich überhaupt nur infolge der allgemeinen Schwäche der führenden Männer und Gruppen innerhalb des Klassenstaates.

Hugenberg als Hüter der Wahrheit.

Hugenberg hat an Brüning folgendes Telegramm gesandt:

„Aus verschiedenen Zeitungsnachrichten habe ich entnehmen müssen, daß Sie in Ihren Wahlreden wiederum die alte Unwahrheit hervorgebracht haben, es sei der Rechten während Ihrer Reichskanzlerschaft Ihrerseits wiederholt Gelegenheit gegeben worden, sich an der Regierung zu beteiligen.“

Ich habe dahingehende Behauptungen offiziöser Blätter immer von neuem als Lüge bezeichnet.

Ich habe Ihnen und dem Ministerpräsidenten a. D. Dr. h. c. Braun — letzterem wegen einer anderen immer wiederholten falschen Behauptung während der Preußenwahl — Gelegenheit gegeben, mich zwecks Nachweises der Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen wegen Beleidigung zu verklagen. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht.

In einer persönlichen Unterhaltung, die in Gegenwart der Herren Prall, Kees und Dr. Quast stattfand, habe ich Sie im August oder Anfang September 1931 auf diese Behauptung angeredet. Sie haben sie damals nicht vertreten und aufrecht erhalten können.

Ich kann Ihnen urkundlich nachweisen, daß die Ihnen unterstehende Reichskanzlei dem Herrn Reichspräsidenten falsche Behauptungen gleichen Inhalts unterbreitet hat. Das bedeutete damals die Benutzung einer falschen Behauptung zur Beeinflussung der politischen Entwicklung in dem von Ihnen gewünschten Sinne einer Ausschaltung des Einflusses der Rechten.

Ich muß bei dieser Sachlage den gleichen Vorwurf der bewußten Unwahrheit gegen Sie erheben, den in diesen Tagen aus anderer Veranlassung auch der Reichsbankpräsident a. D. Herr Dr. Schacht gegen Sie erhoben hat. Hugenberg.“

Herrn Hugenberg, den Chef der sogenannten Mamppe-Fraktion, als empfindsamen Hüter der Wahrheit anzutreffen,

Papen und die Länder.

Vorläufig kein Vertrauen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Reichskanzler von Papen hat an den Staatspräsidenten Dr. B o l z folgendes Telegramm gerichtet:

„Nachdem ich in der heutigen Ministerbesprechung Vortrag über das Ergebnis der Aussprache mit den Ministerkollegen der Länder in Stuttgart gehalten habe und auch hier für meine Erklärungen volle Zustimmung gefunden habe, drängt es mich, Ihnen nochmals für die Gastfreundschaft der württembergischen Staatsregierung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Ich möchte einen wesentlichen Anteil an dem guten Verlauf dieser Beratung Ihrer freundlichen Einladung zusprechen.“

Diese botonte Freundlichkeit und der „gute Verlauf“ werden ins rechte Licht gerückt durch eine Rede des Herrn B o l z, der sich am Sonntag in einer Zentrumswahlkundgebung in Stuttgart zu dem Ergebnis der Stuttgarter Länderkonferenz u. a. folgendermaßen äußerte: „Was in Preußen geschehen ist, das ging weit; aber wir haben der Regierung auf der Konferenz in Stuttgart auch gesagt, daß jetzt das Stückwerk geschieht, was die Nationalsozialisten gefordert haben. Die Reichsregierung behauptet, daß sie überparteilich ist. Wir sind dankbar, wenn sie zeigt, daß sie es tatsächlich ist. Aber sie kann es nicht bestreiten, daß die Auflösung des Reichstags u. s. w. auf Abmachungen beruhe; und wenn Papen in Lausanne erklären konnte, daß auch die Rechtsbewegung hinter ihm stehe, dann muß man doch annehmen, daß seine Regierung von dieser Seite toleriert wird. Die Reichsregierung hat erklärt, daß die Durchführung der Wahl unbedingt gesichert ist; ferner, daß in keinem anderen Lande ein Reichskommissar eingesetzt werde, weil in keinem anderen Lande dafür ein Grund vorhanden sei. Persönlich habe ich zu den Preußenvorgängen das Gefühl, daß sie mit dem Sinn der Verfassung nicht vereinbar sind.“

Aus der Wahlschlacht.

Crispien, der zweite Vorsitzende der SPD, hat in Halle eine Wahlrede gehalten, die in erfreulicher Weise die nationalistischen Töne weggelassen und die internationalen Ziele des Sozialismus unterstrichen hat. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik wandte er sich gegen alle Autarkie- und Schutzzollmaßnahmen. Er schloß damit, daß die SPD auf der Erde ein Volk in einem Vaterland anstrebe und die Beseitigung der Grenzen. — Wenn sich auch darüber diskutieren läßt, ob es notwendig ist, daß eine einzige, riesige sozialistische Zentralorganisation aufgebaut wird, die alle Grenzen aufhebt — selbstverständlich bedarf es einer zentral geleiteten Internationale, die einem Staatenbund vorsteht —, so ist doch diese radikale Ausführung im Munde eines Sozialisten außerordentlich begrüßenswert, gerade wo heute so viele ihre Agitation auf den unglücklichen Wettbewerb mit den Scheinidealen des Gegners aufbauen.

Breitscheid hat sich in einem Interview, das er dem Berichterstatler des französischen „Journal“ gewährte, über die Wahlen reichlich optimistisch geäußert. Er gab zu, daß die SPD den Ereignissen der vergangenen Woche gegenüber ziemlich passiv gewesen sei. Er erklärte dieses Verhalten mit der bekannten Rücksicht auf die Wahlen und der Bemerkung, daß ein Widerstand nur den Nationalsozialisten zugute gekommen wäre — eine Einsicht, die Herr Breitscheid wohl aus der Erwägung ableitet, daß ein Kampf der Arbeiterschaft unter der Führung der jetzigen SP-Funktionäre keine durchstoßende Kraft zuwege gebracht hätte. Wozu auch für Herrn Breitscheid die Anstrengung eines solchen Kampfes, da er nach wie vor die Diktatur, deren Möglichkeit er ins Auge faßt, kurz befristet und die Rückkehr zum Parlamentarismus für eine bereits gesicherte Tatsache hält. In dieser Stunde, wo es darauf ankommt, so viel Stimmen wie möglich auf die Linkseite zu bringen, ist dieser behagliche Optimismus kein guter Dienst an der Arbeiterklasse, die, sofern sie im reformistischen Fahrwasser segelt, ohnehin geneigt ist, in politischen Krisen das Vorbeiziehen des Unwetters abzuwarten.

Die NS entfalten eine besondere Tätigkeit in Schlesien. Es heißt — worauf man in diesen Tagen sehr zu achten haben wird —, daß ein starker Zuzug von SA-Formationen nach Breslau eingesetzt habe. In die dadurch geschürte Erregung plätzen dann die Reden der Führer wie Alarm-signale hinein, die im Augenblick darauf abzielen, die Partei nach allen Seiten abzugrenzen, gegen das Zentrum, mit dem die NSDAP nie marschieren werde, wie K l a g g e s sagte,

ist besonders reizvoll. Wir nehmen an, daß sich Herr Brüning gegen den Hugenbergschen Vorwurf selber verteidigen kann, und stellen von uns aus dazu nur fest, daß während der Kanzlerschaft Brünings und also der Ministerschaft Groeners wiederholt Leute von der Rechten bei Brüning und Hindenburg und Groener gewesen sind. Von der NSDAP waren es häufig gleich ein Viertelutzend.

und gegen Hugenbergs Partei. Sympathien verbänden die Partei Hitlers allein mit der Reichswehr. — Deutlich gesprochen, Herr Klagges, deutlicher als Herr von Schleicher, der Hitler nur ziemlich unbestimmt in seiner Rede ausgezeichnet hat durch die Bemerkung, daß er sich ihm im Wehrgedanken eins wisse.

Ueber Hitlers eigene Wahlrundflüge meldet die Telegraphen-Union ziemlich lapidar: „Hitler sprach überall kurz, und seine Ausführungen bewegten sich in dem bereits bekannten Rahmen.“

Breslau wurde auch von Freytag-Loringhoven, dem Außenpolitiker der Deutschnationalen, heimgesucht. In seiner Rede prasselte es nur so von Drohungen gegenüber Frankreich, von Ankündigungen der Rückeroberung der Kolonien, der Aufrüstung der Kriegsflotte, der Errichtung eines Großdeutlands unter der vollen Befreiung vom Versailler Vertrag, — alles unter der schwarzweiß-roten Flagge, die dann wieder über Deutschland wehen werde.

Brüning, der seine Wahlreise am Freitagabend im Sportpalast in Berlin abschließen wird, hat auf seiner Rede in Paderborn angekündigt, daß er Schacht in den nächsten zwei Tagen auf dessen heftige Anklagen antworten wird. Uns kann's gleich sein, wie sich Brüning gegen Schacht, dessen Angriff jetzt durch einen Brief Hugenbergs verstärkt wird, gegen den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit verteidigt. Es wäre jedenfalls klüger, mit solchen Antworten nicht unnötig lange zu warten.

Ueber die Erklärungen Schleichers berichten wir an anderer Stelle.

Die Litfaßsäulen in Berlin nehmen in dieser Woche auch schon fast den Charakter von Wahlreden an. Meterlange Handtücher vom oberen bis zum unteren Ende der Säule, zum Teil zwei Streifen neben einander muten dem Publikum zu, die Dekrete von Freund und Feind zu studieren. Keine sehr wirkungsvolle Methodel! Sie kostet viel Geld, aber immer wieder beobachtet man, wie das Publikum, nachdem es einen forschenden Blick auf die Säule gerichtet hat, sich ermüdet abwendet. Gründe erwartet es ja ohnehin nicht.

Der Wahlkampf der Flaggen ist munter im Gang. Erfreulicher Weise findet man noch ganze Straßenzüge, die rot sind — ohne Hakenkreuz.

Daß die immer nur zum Tee dort gewesen seien, glauben sie wahrscheinlich selber nicht.

Im übrigen ist Brüning einer der Politiker, die ausgesprochenen Weise und auch der Praxis nach weitaus lieber mit der Rechten regieren als mit der Linken. Herrn Hugenbergs Brief ist also offenbar nichts als eine dicke Wahlbombe.

Die Schallplatte von der Gottesfremdheit.

Der fortgeschickte sozialdemokratische preußische Kultusminister Grimme fährt weiter im Lande umher mit seiner Wahlrede über die Gottesfremdheit des Herrn v. Papen, Vor wenigen Tagen war er in Münster in einer großen Kundgebung, in der viele SP-Arbeiter und auch eine beträchtliche Anzahl kommunistischer Arbeiter erschienen waren. Gerade für diese Genossen mußten die Ausführungen von Grimme allerhand überbieten, was sie sonst an sozialdemokratischen Ideologien zu hören gewohnt sind.

Aus dem nationalistischen Teil seiner Rede: „Der begeht ein Nationalverbrechen, der das Volk von der Mitverantwortung fernhält.“

„Wir wollen Deutschland, und darum ertragen wir keine Schichtendiktatur.“

„Für die 30 Silberlinge der braunen Uniform kann nur ein Judas die Nation verraten.“

„Wir verblöden es uns, daß nun auch das Nationalgefühl monopolisiert wird.“

„Wir bejahen den Klassenkampf von unten, damit aus der Klasse Nation wird.“

Aus dem religiösen Teil:

„Denken Sie an das Wort vom Wohlfahrtsstaat! Das war kein Christenwort, Herr von Papen, das war ein Wort der Gottesfremdheit.“

Aus seinem Wahlauftritt:

„Haltet den Kopf oben, haltet aber auch die Nerven in der Hand.“

„Sorgt dafür, daß die Sozialdemokratie die Partei der Disziplin ist.“

Der Eindruck bei den Sozialdemokraten war tief. Wie er bei den Kommunisten war, war nicht festzustellen. Der Versammlungsleiter konnte sich zum Schluß das Wort erlauben, den ostbischen Junkern das Beispiel der jahrelang erwerbslosen Arbeiter zu empfehlen, „die hungrig und in Lumpen umhergehen und die dann noch für den Staat kämpfen. Das ist bewundernswürdig und ergreifend“.

Man versteht nach diesen Proben gut, wie das Gerücht aufkommen konnte, der Reichskommissar hätte diesen Kultusminister ganz gern im Amt gelassen.

Zu der Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß nunmehr die während des Ausnahmezustandes in Schutzhaft genommenen Personen freigelassen werden, soweit die Bearbeitung ihrer Angelegenheit nicht schon an die ordentlichen Gerichte übergegangen ist. Strafverfahren gegen Personen, die gegen die Verordnung des Ausnahmezustandes verstoßen haben, werden auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes weitergeführt.

Gegen den Reichsbannerführer Breuer ist auf Grund der Anzeige wegen versuchten Hochverrats vom Oberreichsanwalt das Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Da Breuer sich in Schutzhaft befindet, ist die Frage der Verhängung der Untersuchungshaft gegen ihn zur Zeit gegenstandslos.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln: Freitag, 29. Juli, 20,15 Uhr, Coloniahau, Aachener Str. 5, l. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Bracht an die Polizeibehörden.

Dr. Bracht, der Bevollmächtigte des Reichskommissars in Preußen, hat am Dienstag an alle Landespolizeibehörden den folgenden Erlaß gerichtet:

„Die einschränkenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Vereins-, Versammlungs- und Pressepolizei sind erlassen worden, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und dem vielfach zutage getretenen Mißbrauch politischer Rechte nachdrücklich entgegenzutreten. Sie dürfen aber keine Handhabe dazu bieten, die gesetzmäßige Betätigung der Staatsbürger zu verhindern oder einzuschränken, insbesondere die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen. Sie sind unparteilich und gerecht anzuwenden; dazu gehört auch, daß jede kleinliche oder schikanöse Handlung unterbleibt. Bestehen im Einzelfall Zweifel darüber, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Beschränkung gegeben sind, so ist von der Maßnahme abzusehen, gegebenenfalls Entscheidung des Regierungspräsidenten einzuholen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: gez.: Dr. Bracht.“

Bracht richtete ferner an alle Polizeibehörden den folgenden Funkspruch:

„1. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit vor, während und nach der Reichstagswahl ist in nächster Zeit die wichtigste Aufgabe der Polizei.“

„2. Die Waffengebrauchsbestimmungen für die Polizei reichen völlig aus zum Schutz des einzelnen Beamten wie zur Durchsetzung der Staatsautorität gegenüber tatsächlichem Widerstand.“

Ein Polizeibeamter, der auf Grund dieser Bestimmungen nicht rechtzeitig und ausreißend von seinen Dienstwaffen Gebrauch macht, verletzt seine Amtspflicht. Dem pflichtgemäß handelnden Polizeibeamten aber werde ich meinen Schutz nicht versagen.“

